

NR. 06/2026

# KONTEXT

KRISEN | KRIEGE | KONFLIKTE



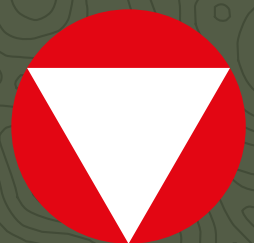
IFK

## Westbalkan

Fragiler Frieden  
in unsicheren Zeiten



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH  
BUNDESHEER.AT



UNSER HEER



Bild: Ajdin Kamber/Shutterstock

2

# INHALT

**04**

## **Der Westbalkan im Machtspiel**

Die Konkurrenz internationaler Akteure sorgt für regionale Spannungen und gefährdet somit die Friedensprozesse auf dem Westbalkan.

**07**

## **Die Region schrumpft**

Der Westbalkan befindet sich in einer demografischen Zwischmühle: die Schwächen der eigenen Systeme fördern Abwanderung, die EU zieht vor allem junge Menschen an.

**20**

## **EU-Integration und internationale Einflussnahme**

Für Frieden und Demokratie am Westbalkan ist die erfolgreiche EU-Integration zentral, doch konkurrierende Mächte teilen diese Ziele nicht vollständig.

**05**

## **Vermeintliche Stabilität: Demokratie unter Druck**

Rückschritte im Demokratisierungsprozess stellen einen Risikofaktor dar und dürfen von der EU nicht toleriert werden.

**09**

## **Alte Konflikte, neue Spannungen**

Chancen am Westbalkan erfordern Aufarbeitung der Kriegsfolgen, friedliche Konfliktlösung und stärkere Kooperation – trotz weiterhin hoher Hürden.

**25**

## **Österreichische Interessenslage**

Österreichs Westbalkanpolitik wird durch geografische Nähe, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen sowie historisch-kulturelle und demografische Faktoren geprägt.



WISSEN.SCHAFFT.FRIEDEN

NR. 06/2026

## KONTEXT

KRISEN | KRIEGE | KONFLIKTE

Erscheinungsdatum:  
April 2026

Coverbild:  
Brücke in Mitrovica, im Hintergrund  
gepanzerte KFOR-Fahrzeuge.  
Credit: Andrija Ilic/ZUMA Press Wire/  
Shutterstock

Die Inhalte der Beiträge geben  
die persönliche Einschätzung des  
Autors wieder und entsprechen nicht  
notwendigerweise den Positionen  
des Bundesministeriums  
für Landesverteidigung.



Bild: HBF

**W**ie wirkt sich die sicherheitspolitische Zeiten-  
wende, deren Zeitzeugen wir alle aufgrund  
der Verstärkung der geopolitischen Konflikte  
geworden sind, auf regionale Friedensprozesse  
in Österreichs Nachbarregion, dem Westbalkan,  
aus? Welche Chancen hat die Europäische Union  
(EU) mittels ihrer Integrationspolitik, demokratische Prozesse in  
diesem Teil Südosteuropas abzusichern und kooperative Lösungen  
für noch offene regionale Konfliktfragen zu finden? Inwiefern  
wird die EU dabei von anderen einflussreichen internationalen  
Akteuren unterstützt oder behindert? Warum engagiert sich  
Österreich sehr umfassend am Westbalkan und welche Interessen  
liegen diesem Engagement zugrunde?

Das sind einige der zentralen Fragen auf die diese Ausgabe  
der sicherheitspolitischen Publikationsreihe „Kontext“ Antworten  
zu geben versucht. Sie wird vom Institut für Friedenssicherung und  
Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie mit  
dem Ziel herausgegeben, eine sicherheitspolitisch interessierte  
Öffentlichkeit auf der Grundlage empirisch fundierter Analysen  
des jeweiligen IFK-Experten zu informieren.

Diese Ausgabe des „Kontext“ richtet sich auch an jene  
Leserinnen und Leser, die sich bisher nicht im Speziellen mit  
dem Westbalkan beschäftigt haben. Es wird die Möglichkeit  
geboten, sich einen Überblick über aktuelle politische und  
sicherheitspolitische sowie demografische und wirtschaftliche  
Entwicklungen in dieser Region zu verschaffen, zu der Österreich  
sehr viele Anknüpfungspunkte hat.

Das IFK wünscht den geschätzten Leserinnen und Lesern  
eine anregende Lektüre!

DER INSTITUTSLEITER DES IFK/LVAK  
OBERST DR. ANTON DENGK

# Der Westbalkan im Machtspiel

Die Konkurrenz internationaler Akteure sorgt für regionale Spannungen und gefährdet somit die Friedensprozesse auf dem Westbalkan.

BOSNIEN UND  
HERZEGOWINA

SERBIEN

MONTENEGRO

KOSOVO

NORDMAZEDONIEN

ALBANIEN

KI-generiertes Bild/Adobe Firefly

**D**er im Februar 2022 erfolgte völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf sein Nachbarland Ukraine und die daraus resultierende Krise einer auf dem Völkerrecht basierenden Welt hat auch essenzielle Auswirkungen auf die teilweise noch konfliktträchtige Region Westbalkan. Sie steht seit den jugoslawischen Zerfallskriegen der 1990er Jahre im Fokus der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, um

Friedensprozesse positiv abschließen zu können. Sowohl die noch ausbaufähigen Demokratisierungsprozesse als auch die Lösung noch offener Konfliktfragen erfordern ein berechenbares und kooperatives Umfeld für die betroffenen Westbalkan-Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien.

Die geopolitische Realität des Jahres 2026 ist allerdings von massiver

Konkurrenz internationaler Akteure, welche sich auch auf dem Westbalkan widerspiegelt, charakterisiert. So befinden sich die genannten Westbalkan-Staaten aktuell im Spannungsfeld zwischen ihrem strategischen Bekenntnis zur Integration in die EU und unterschiedlicher externer Einflussnahmen, die sich mitunter, wie insbesondere im Falle von Russland, auch nachteilig auf die Friedens- und Demokratisierungsprozesse auswirken können. ■

# Vermeintliche Stabilität: Demokratie unter Druck

Rückschritte im Demokratisierungsprozess  
stellen einen Risikofaktor dar  
und dürfen von der EU nicht toleriert werden.

**D**ie auf globalem Niveau feststellbaren massiven Angriffe auf das liberale Modell der Demokratie haben ihre politischen Spuren seit Längerem auch im fragilen Demokratisierungsprozess der sechs Westbalkan-Staaten hinterlassen. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich mit Menschen- und Bürgerrechten beschäftigen, sowie investigative Journalistinnen und Journalisten beklagen die zum Teil feststellbaren Rückschritte im Demokratiebereich, autoritäre Tendenzen und die politische Einflussnahme auf

die Gerichtsbarkeit, insbesondere bei „politisch heiklen“ Korruptionsfällen. Internationale Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich der Unterstützung des liberalen Demokratie-Modells gewidmet haben und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung vorschlagen, beurteilen die aktuelle Situation der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit am Westbalkan insgesamt sehr kritisch.

Wenngleich diesbezüglich graduelle Unterschiede zwischen den Ländern der Region bestehen, bezeichnet die NGO Freedom House in ihrer aktuellen Bewertung alle Westbalkan-Staaten als nur „teilweise frei“. Im Ranking der NGO Transparency International

5

**Der Einsturz des Bahnhofsbaus in Novi Sad am 1.11.2024 mit 16 Toten führte in Serbien zur Bildung einer breiten, von Studierenden getragenen Protestbewegung gegen die Regierenden.**



(TI) über die Wahrnehmung der Korruption in 180 Staaten nehmen die Westbalkan-Staaten Plätze im unteren bis gehobenen Mittelfeld ein. Auch in jenen Ländern, wo, wie in Albanien und Kosovo, nach Einschätzung von TI zuletzt substantziellere Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung eingeleitet wurden, sind investigative Journalistinnen und Journalisten massiven Drohungen ausgesetzt.

Die politischen Prozesse in den Westbalkan-Staaten sind allgemein durch eine starke Polarisierung zwischen Regierenden und Opposition gekennzeichnet. In Serbien, das eine zentrale Rolle in verschiedenen regionalen Sicherheitsfragen spielt, hat sich diese Polarisierung seit 2024 auf breite Bevölkerungsteile ausgeweitet. Ausgelöst durch ein Unglück im serbischen Novi Sad, bei dem im November 2024 16 Menschen durch den Einsturz des Bahnhofsdachs getötet wurden, hat sich eine landesweite, von Studierenden initiierte Protestbewegung gegen die regierende „Serbische Fortschrittspartei“ (SNS) und den Präsidenten Aleksandar Vučić gebildet. Letzterem werden von der politischen Opposition und der Protestbewegung ein autokratischer Regierungsstil, die Missachtung der Unabhängigkeit von Gerichten und Medien sowie die Etablierung eines korrupten Systems durch die von ihm kontrollierte SNS zur Last gelegt.

Lange Zeit hat die EU-Kommission – so die Kritik aus dem liberaldemokratischen Lager in den Westbalkan-Ländern

– diese demokratischen Rückschritte ignoriert und deshalb einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit als „demokratisches Modell der Kooperation“ bei den Bevölkerungen eingebüßt. Die mit der Toleranz gegenüber autoritären Regionalpolitikern verfolgte Strategie, politische Stabilität am Westbalkan garantieren zu wollen und offene Konfliktfragen – wie z.B. in den Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina/Priština – „leichter“ lösen zu können, war nicht erfolgreich. Damit diese Glaubwürdigkeit der EU-Politik am Westbalkan wieder gestärkt werden kann, steht für Brüssel nur die Option zur Verfügung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wieder konsequent zu unterstützen und manipulative nationalistische Politik in die Schranken zu weisen. ■



Bild: srdjan draskovic/Shutterstock

**Dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić wird von Kritikern ein autoritärer Regierungsstil vorgeworfen.**

**Hunderttausende Menschen nahmen am 15. März 2025 in Belgrad an den Massenprotesten gegen Korruption und demokratische Rückschritte teil.**



Bild: Dejan82/Shutterstock

# Die Region schrumpft

Der Westbalkan befindet sich in einer demografischen Zwickmühle: die Schwächen der eigenen Systeme fördern Abwanderung, die EU zieht vor allem junge Menschen an.

**D**ie Länder des Westbalkans gehören hinsichtlich ihrer Bevölkerungsgröße (Albanien: 2,4 Mio., Bosnien und Herzegowina: ca. 3,1 Mio., Kosovo: ca. 1,7 Mio., Montenegro: ca. 0,63 Mio., Nordmazedonien: ca. 1,8 Mio. und Serbien: ca. 6,6 Mio.) zu den Kleinstaaten Europas. Negative demografische Entwicklungen können deshalb mittel- bis langfristig existenzielle Folgen für diesen Teil Südosteuropas haben. Dies betrifft nicht nur die Abwanderung junger, gut



Bild: alphaspirit.it/Shutterstock

**Die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen stellt die Wirtschaft...**

**...aber auch die alternde Gesellschaft der Westbalkan-Länder vor große Herausforderungen.**



Bild: frantic00/Shutterstock

ausgebildeter Arbeitskräfte in die EU, also den sog. „Brain drain“, sondern auch politische Auswirkungen in Form geringerer demokratischer Partizipation. Letzteres würde autoritäre, sog. „stabilokratische“ Verhältnisse am Westbalkan zusätzlich begünstigen.

In den vergangenen zehn Jahren ist in allen Staaten des Westbalkans ein negativer demografischer Trend feststellbar gewesen. Die Ausnahme davon stellte Montenegro mit der kleinsten Bevölkerung am Westbalkan dar. Insbesondere wegen der Zuwanderung aus Russland konnte die Adria-Republik sogar ein kleines demografisches Plus verzeichnen. Im Durchschnitt verlor die gesamte Region in einer Zeitspanne von etwa einer Dekade

jedoch 10% seiner Bevölkerung. Albanien war mit einem Bevölkerungsrückgang von fast 15% im Vergleich der Volkszählungen von 2011 und 2023 am massivsten von dieser Entwicklung betroffen.

Untersuchungen von Demografen aus der Region führen negative Geburtenraten, die besseren Arbeits- und Lebensbedingungen in der EU und anderen westlichen Ländern sowie das mangelnde Vertrauen in die staatlichen Institutionen der Herkunftsländer sowie noch bestehende regionale Konflikte als wichtige Gründe für den Bevölkerungsrückgang bzw. die Emigration an. Für die EU und insbesondere ihre wohlhabenderen Mitgliedsländer bedeuten die demografischen Herausforderungen am Westbalkan einen politischen Spagat. Einerseits zielen



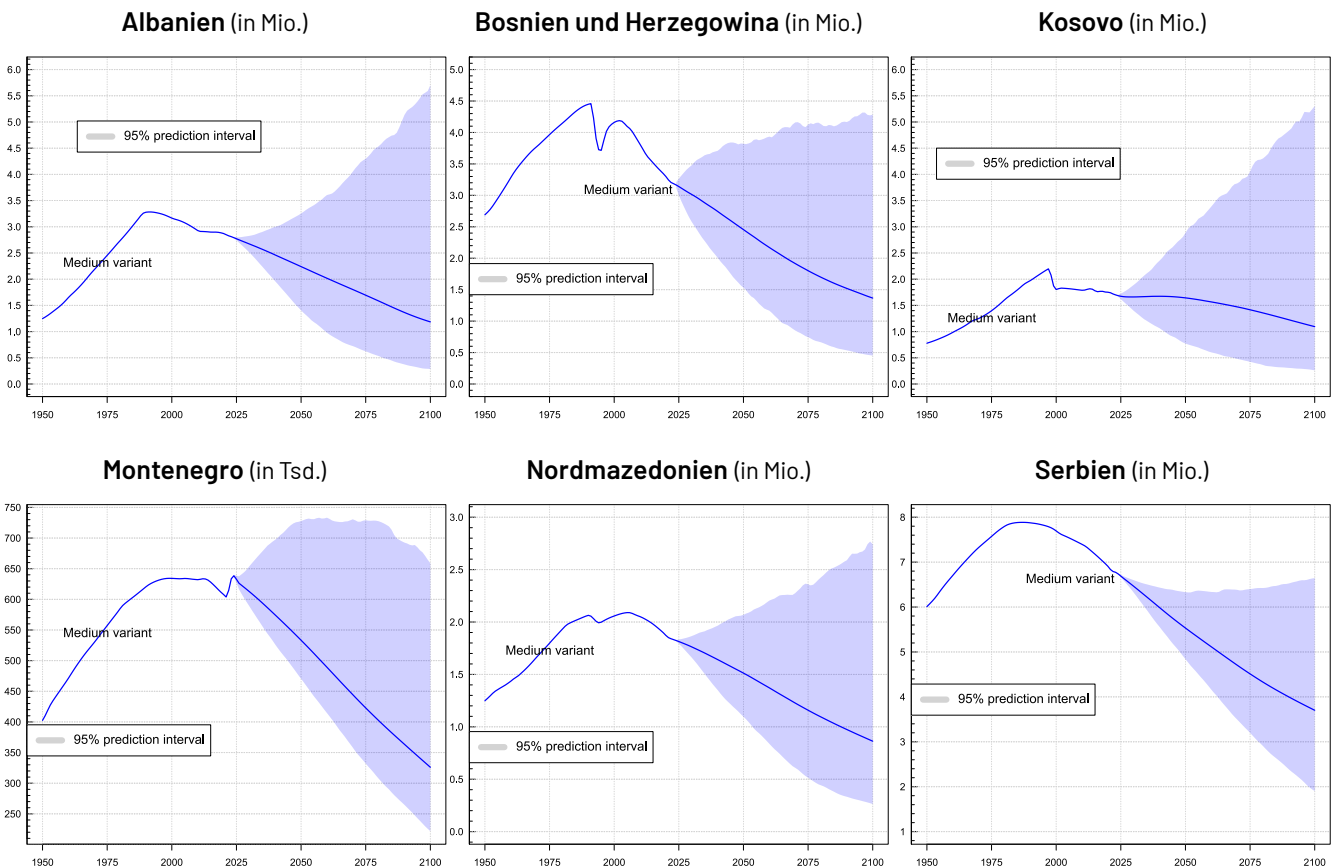
Bild: Alekk Pires/Shutterstock

**Insbesondere Albanien (im Bild der Flughafen von Tirana) musste in der letzten Dekade einen großen Bevölkerungsverlust durch Emigration hinnehmen.**

Instrumente der EU-Kommission für den Westbalkan vor allem auch auf seine wirtschaftliche Unterstützung ab, andererseits werben einzelne EU-Staaten sehr

stark um Fachkräfte aus der Region. Damit vergrößern sich am Westbalkan personelle Engpässe, z.B. bei medizinischen Fachkräften. ■

## Gesamtbevölkerung am Westbalkan



© United Nations, DESA, Population Division. Licensed under Creative Commons licence CC BY 3.0 IGO.

# Alte Konflikte, neue Spannungen

Chancen am Westbalkan erfordern Aufarbeitung der Kriegsfolgen, friedliche Konfliktlösung und stärkere Kooperation – trotz weiterhin hoher Hürden.

## Ungelöste regionale Statusfragen

**O** bwohl die letzte größere bewaffnete Auseinandersetzung auf dem Westbalkan – zwischen mazedonischen Sicherheitskräften und einer ethnisch-albanischen Guerilla – schon 25 Jahre zurückliegt, bleibt der regionale Frieden zerbrechlich. Das schwierige Erbe der jugoslawischen Zerfallskriege hinterlässt noch seine Spuren und behindert Versöhnung und Kooperation in der südosteuropäischen Region. Die regionalen Brennpunkte befinden sich im Konfliktdreieck Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Serbien.

## Bosnien und Herzegowina: Ende der Dauerkrise in Sicht?

Im komplexen multiethnischen und multireligiösen Staat Bosnien und Herzegowina wird die fragile Integrität durch unterschiedliche Visionen über die staatliche Zukunft herausgefordert. Für die politischen Pragmatiker, deren Vertreter in allen drei sog. „konstitutiven Volksgruppen“, den Bosniaken, Kroaten und Serben zu finden sind, gibt es keine wirkliche politische Alternative zu dem im Dayton-Friedensvertrag (November 1995) geschaffenen komplexen Staat aus zwei Entitäten (der mehrheitlich von Serben bewohnten Republika Srpska und der

9

**Eingang zum 1993 fertiggestellten Rettungstunnel, der während der Belagerung von Sarajewo (1992–95) die Versorgung der Stadt und die Flucht von Menschen ermöglichte.**



Föderation Bosnien und Herzegowina mit mehrheitlich bosniakischer und kroatischer Bevölkerung) sowie dem multiethnischen Distrikt Brčko. Für alle anderen staatlichen Modelle – so die Pragmatiker – gebe es keinen politischen Konsens in Bosnien und Herzegowina. Nationalistische Konzepte reichen von der Abspaltung der Republika Srpska vom Gesamtstaat über die (informelle) Forderung der kroatischen Nationalpartei HDZ BiH nach Schaffung einer eigenen ethnisch-kroatischen Entität innerhalb von Bosnien und Herzegowina bis hin zu bosniakischen Forderungen nach einer stärkeren Zentralisierung der politischen Entscheidungsprozesse. Dazwischen befinden sich jene Bürgerinnen und Bürger in Bosnien und Herzegowina, die sich keiner der „konstitutiven Volksgruppen“ zuordnen wollen, oder als Bosniaken und Kroaten in der Republika Srpska bzw. als Serben in der Föderation Bosnien und Herzegowina leben. Diese letzteren Gruppen werden beim passiven Wahlrecht und teilweise auch in Alltagssituationen diskriminiert. Deshalb würden sie die Stärkung staatsbürgerlicher und die Schwächung ethnischer Elemente im politischen System präferieren.

#### **Separatistische Politik der Entität Republika Srpska**

Die massivsten politischen Attacken auf den multiethnischen Gesamtstaat gingen in den vergangenen Jahren vom nationalistischen serbischen Politiker Milorad Dodik aus, der im August 2025 als Folge einer strafrechtlichen Verurteilung wegen Verfassungsbruchs vom Amt des Präsidenten der Republika Srpska zurücktreten musste. Nach wie vor dominiert Dodik aber über seine Regierungspartei, die Allianz der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD), politisch diese bosnisch-herzegowinische Entität. Seine secessionistische Politik hatte Bosnien und

**Der Friedensvertrag von Dayton/Paris (1995) hat die Republika Srpska als Entität innerhalb des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina etabliert. Nationalistische serbische Politiker fordern aber ihre staatliche Unabhängigkeit.**



Bild: Amine Idrissi/Shutterstock



**Im Norden des Kosovo mit mehrheitlich serbischer Bevölkerung ist es seit Kriegsende oftmals zu sicherheitsrelevanten Vorfällen gekommen.**

Herzegowina 2024/25 in die größte Krise seit Kriegsende manövriert. Die Rücknahme von Gesetzesbeschlüssen mit secessionistischer Ausrichtung im Parlament der Republika Srpska war Ende 2025 ausschließlich der Aufhebung von US-Sanktionen gegen Dodik und sein Umfeld, nicht aber einer konstruktiveren Politik der Regierenden in diesem Staatsteil geschuldet.

In dieser schwierigen politischen Gemengelage von Bosnien und Herzegowina bleibt das Office of the High Representative (OHR) trotz zunehmender Kritik an dessen demokratischer Legitimität weiterhin ein notwendiges politisches und rechtliches Korrektiv. Gemäß Verfassungsannex des Dayton-Vertrags ist der High Representative für die Kontrolle der Implementierung der zivilen Friedensziele verantwortlich. In Krisensituationen ist er auch berechtigt, bosnisch-herzegowinische Amtsträger zu entlassen und Gesetze zu oktroyieren, wenn es für die Erhaltung des Friedens notwendig sein sollte. So war auch der Rücktritt Dodiks vom Amt des Präsidenten der Republika Srpska letztlich die Konsequenz einer mehrjährigen politischen und rechtlichen Auseinandersetzung mit dem derzeitigen High Representative Christian Schmidt.



Bild: Nada B/Shutterstock

### **Perspektiven für Bosnien und Herzegowina**

Nationalistische Politiken setzen sich in Bosnien und Herzegowina und anderen Teilen des Westbalkans vor allem wegen klientelistischer Abhängigkeiten der Bevölkerungen von den Nationalparteien in vielen Lebensbereichen auch weiterhin durch. Dieser Umstand steht in einem gewissen Kontrast zu gesellschaftlichen Entwicklungen, da es im zwischenmenschlichen, kulturellen und ökonomischen Bereich viele Hinweise für eine Verbesserung der interethnischen Beziehungen in Bosnien und Herzegowina gibt. Ob Bosnien und Herzegowina langfristig ein dauerhafter Krisen-Staat bleibt oder sich – trotz der traumatischen Kriegserfahrung von 1992 bis 1995 – wieder zu einem positiven Modell für ein multiethnisches und multireligiöses Zusammenleben in Europa entwickeln kann, hängt aber nicht nur von lokalen Faktoren ab. Ein konstruktiver Einfluss der beiden regionalen Nachbarn Kroatien und Serbien ist dafür mindestens ebenso wichtig wie eine engagierte und an demokratischen Standards orientierte Politik der EU gegenüber dem Balkanstaat.

### **Kosovo – Serbien: Unverändert verhärtete Positionen**

Anders als in Bosnien und Herzegowina, wo sich „ethnische“ Konfliktpotentiale fast ausschließlich auf die Manipulationsversuche politischer Akteure zurückführen lassen, die dadurch ihre politische und ökonomische Macht abzusichern versuchen, reichen die Gräben sowohl im Kosovo selbst als auch in den Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina/Priština tiefer.

#### **Brennpunkt Nord-Kosovo**

Während Kosovo, dessen Parlament im Februar 2008 die staatliche Unabhängigkeit proklamiert hat, für etwas mehr als 100 UN-Mitgliedsstaaten (inklusive die USA und 22 EU-Mitglieder) ein souveräner Staat ist, hat Serbien den rechtlichen und politischen Anspruch auf seine ehemalige autonome Provinz nicht aufgegeben. Insbesondere entlang der gemeinsamen Grenze und im mehrheitlich von Serben bewohnten Norden des Kosovo war es seit Ende des Kosovo-Krieges im Jahr 1999 immer wieder zu gewaltsamen Vorfällen gekommen. In neuerer Zeit hatte vor allem der missglückte Destabilisierungsversuch einer paramilitärischen serbischen Gruppe, die im September 2023 in der Nähe des Klosters Banjska eine kosovarische Polizei-Patrouille unter Beschuss genommen hat, das Potenzial für eine größere Eskalation.

Viele Kosovo-Serben (5-7% der Gesamtbevölkerung) fühlen sich angesichts der für sie noch immer prekären Sicherheitslage

#### **Im September 2023 musste ein von einer paramilitärischen serbischen Gruppe unternommener Destabilisierungsversuch von der kosovarischen Polizei in der Nähe des Klosters Banjska niedergeschlagen werden.**



Bild: Yudi Xhymshiri/Shutterstock



**Seit dem Jahr 2008 unterstützt die zivile EU-Mission EULEX Kosovo die rechtsstaatlichen Institutionen in diesem Balkan-Staat.**

von Belgrad im Stich gelassen. Noch mehr misstrauen sie allerdings den politischen Absichten der kosovarischen Regierung. Mit dem wahrscheinlich aus Belgrad befohlenen Auszug der Kosovo-Serben aus der Kosovo-Polizei und den Rechtsinstitutionen wurde 2022 im Nord-Kosovo ein Sicherheitsvakuum erzeugt, das die kosovarische Regierung unter Premierminister Albin Kurti für eine konsequente Integration des Nordens in das politische und wirtschaftliche System des Kosovo zu nutzen wusste. Dabei setzt Prishtina/Priština – anders als in den pragmatischer agierenden serbischen Enklaven in den übrigen Gebieten des Kosovo – im Norden des Kosovo auch auf rigide Maßnahmen, z. B. durch den Einsatz von Sonderpolizei-Einheiten. Die Banjska-Vorfälle, bei denen ein ethnisch-albanischer Polizist und drei serbische Angreifer getötet wurden, führten trotz dieser tragischen Dimension seitdem zu einer partiellen Reintegration von Serben in die kosovarische Polizei und übrigen kosovarischen Institutionen. Allerdings kann ohne einen wirklichen Dialog zwischen Belgrad und Prishtina/Priština über eine „Normalisierung“ ihrer Beziehungen sich auch das Verhältnis zwischen albanischer Mehrheit und serbischer Minderheit im Kosovo nicht substantiell verbessern.

### **EU-Initiativen zur Konfliktbereinigung**

Der von der EU moderierte Dialog zwischen den zwei ehemaligen Konfliktparteien begann 2011 und hatte zunächst eher technischen Charakter. So sollte das Alltagsleben von Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern durch die gegenseitige Anerkennung von Dokumenten und die Erleichterung des Grenzverkehrs sowie weitere ähnliche Maßnahmen entlastet werden. Dieses Ziel wurde teilweise erreicht, wenn auch einzelne Maßnahmen, wie z.B. die Einführung einheitlicher kosovarischer Autokennzeichen, der Ausgangspunkt für eine Konfliktverschärfung sein konnten. Viel schwieriger gestaltet sich die politische Normalisierung. Der bisher konkreteste Fahrplan dazu basierte auf einem

deutsch-französischen Vorschlag aus 2022, der 2023 zu einem offiziellen EU-Plan für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen Belgrad und Prishtina/Priština wurde. Er wird auch von jenen fünf EU-Staaten (Griechenland, Rumänien, Slowakei, Spanien und Zypern) unterstützt, die Kosovo bisher nicht völkerrechtlich als Staat anerkannt haben.

Durch die Akzeptanz des „Agreement on the path to normalisation between Kosovo and Serbia“, welches nach dem zentralen Tagungsort in Nordmazedonien kurz als „Ohrid Agreement“ bezeichnet wird, sollte eine diplomatische De-facto-Anerkennung der jeweils anderen Seite erreicht

werden. Von Serbien wurde zwar nicht verlangt, Kosovo de iure als Staat anzuerkennen, doch sollte Belgrad keine Schritte mehr unternehmen, die die Aufnahme Kosovos in die UNO, EU und andere internationale Organisationen behindern würden. Des Weiteren sollten staatliche Symbole des Kosovo von Serbien akzeptiert werden und beide Seiten sich zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen verpflichten. Prishtina/Priština hätte gemäß dem Ohrid-Abkommen bereits zuvor zugesagten Verpflichtungen gegenüber der serbischen Volksgruppe im Kosovo nachkommen müssen, indem sie ihre lokale Selbstverwaltung durch die Ermöglichung eines serbischen Gemeindeverbands erweitert. Nur die kosovarische Seite war am 18. März 2023 grundsätzlich dazu bereit, in Ohrid den EU-Plan zu unterzeichnen. Dazu kam es aber nicht, da der serbische Präsident Vučić seine Unterschrift verweigerte. Laut den EU-Vermittlern stimmte Vučić dem Abkommen

### **KFOR-Einheit des Österreichischen Bundesheer-Kontingentes mit Pandur-Radpanzern.**



aber verbal zur Gänze zu, was er allerdings in Interviews für serbische Medien später in Abrede stellte.

Trotz der Unklarheiten bezüglich seiner politischen Akzeptanz behaupten beide „Verhandlungsparteien“, dass auf der Grundlage des Ohrid-Abkommens über die politische Normalisierung weiterverhandelt werden könnte. Für die EU ist die Implementierung des Abkommens Teil ihrer Bedingungen für einen späteren Beitritt Kosovos und Serbiens zur Union. Der seit Februar 2025 als EU-Sonderbeauftragter für den Dialog fungierende Peter Sørensen konnte jedoch bisher über keine entscheidenden Implementierungsschritte berichten. Fortschritte gab es lediglich bei der gegenseitigen Anerkennung von Autokennzeichen und es gibt verstärkte Bemühungen, das Schicksal der während des Krieges vermissten Personen aufzuklären. Erkennbare politische Normalisierungssignale blieben bisher aus.

## Internationale Friedensmissionen als Sicherheitsnetz

Die zuvor angesprochenen politischen Konfliktkonstellationen und noch bestehende Sicherheitsrisiken sind der Grund dafür, dass mehr als 30 Jahre nach Kriegsende in Bosnien und Herzegowina und 27 Jahre nach Kriegsende im Kosovo internationale Missionen als „Sicherheitsnetz“ weiterhin notwendig erscheinen.

Bild: KFOR/Bundesheer



Bild: EUFOR

**EUFOR ALTHEA garantiert seit 2004 ein sicheres Umfeld in Bosnien und Herzegowina. Das Kommando wurde 2016-2017 vom österreichischen General Friedrich Schrötter ausgeübt.**

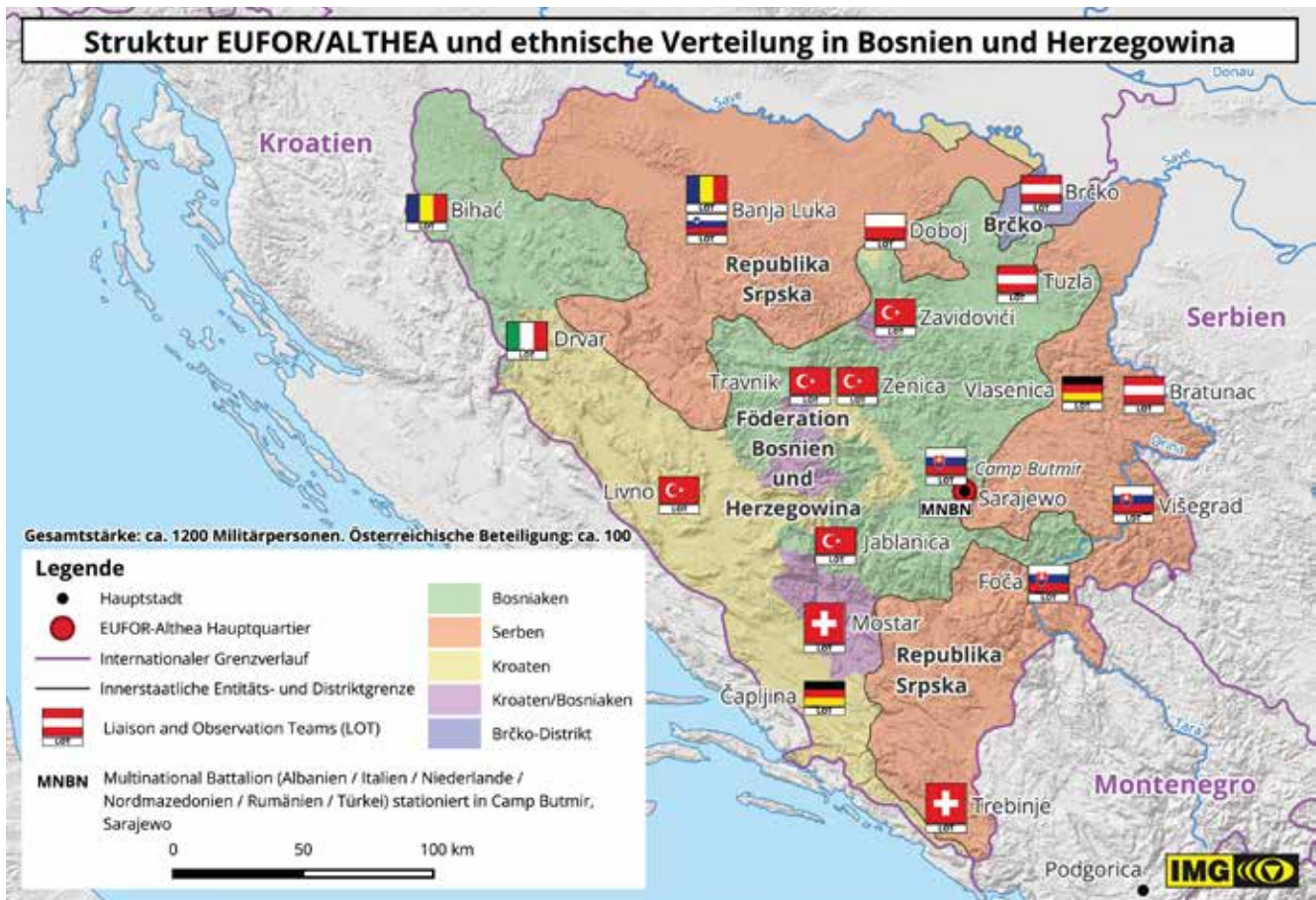
### Die EU-Militärmission EUFOR-ALTHEA

In Bosnien und Herzegowina spielt diesbezüglich außer dem OHR, der für die Kontrolle des zivilen Friedensprozesses zuständig ist, insbesondere die militärische Friedensmission EUFOR ALTHEA eine wichtige Rolle. Diese im Jahr 2004 eingesetzte Friedensmission unter EU-Kommando operiert mit einem Mandat aus Kapitel VII der UN-Charta, welches auch den Einsatz militärischer Gewalt im Falle der Bedrohung des Friedens erlauben würde. Wegen der sich ständig verbessernden Sicherheitslage konnte die EUFOR längere Zeit mit einer Personalstärke von 600 Militärpersonen fortgesetzt werden. Die sich verschlechternden geopolitischen Bedingungen und separatistische Maßnahmen der bosnisch-herzegowinischen Entität Republika Srpska führten ab 2022 jedoch zu einer Anhebung der Personalstärke auf über 1000 Soldatinnen und Soldaten, so dass sie seitdem zwischen 1100 und 1500 liegt. In Nachfolge der NATO-Friedenstruppe Stabilization Force (SFOR) ist die Hauptaufgabe der EUFOR die Umsetzung der militärischen Annexe des Dayton-Friedensabkommens. Dazu gehört vor allem – in Zusammenarbeit mit den nationalen Sicherheitsbehörden in Bosnien und Herzegowina – die Erhaltung einer geschützten und sicheren Umgebung. Zur Erfüllung dieser Hauptaufgabe verwendet die EUFOR im Rahmen des sog. „Berlin-Plus-Abkommens“ auch Informationen und Kommandostrukturen der NATO. Die EU-Friedenstruppe unterstützt die lokalen Sicherheitskräfte bei der Vernichtung überschüssiger Munition aus dem letzten Krieg und bei der Entminung. Wegen der noch immer sehr gefährlichen Minensituation können die großen touristischen Potenziale von Bosnien und Herzegowina nicht vollständig ausgenutzt werden. Eine weitere Aufgabe der EUFOR ist die Unterstützung der multiethnischen Streitkräfte von Bosnien und Herzegowina durch gemeinsame Trainingsmaßnahmen.

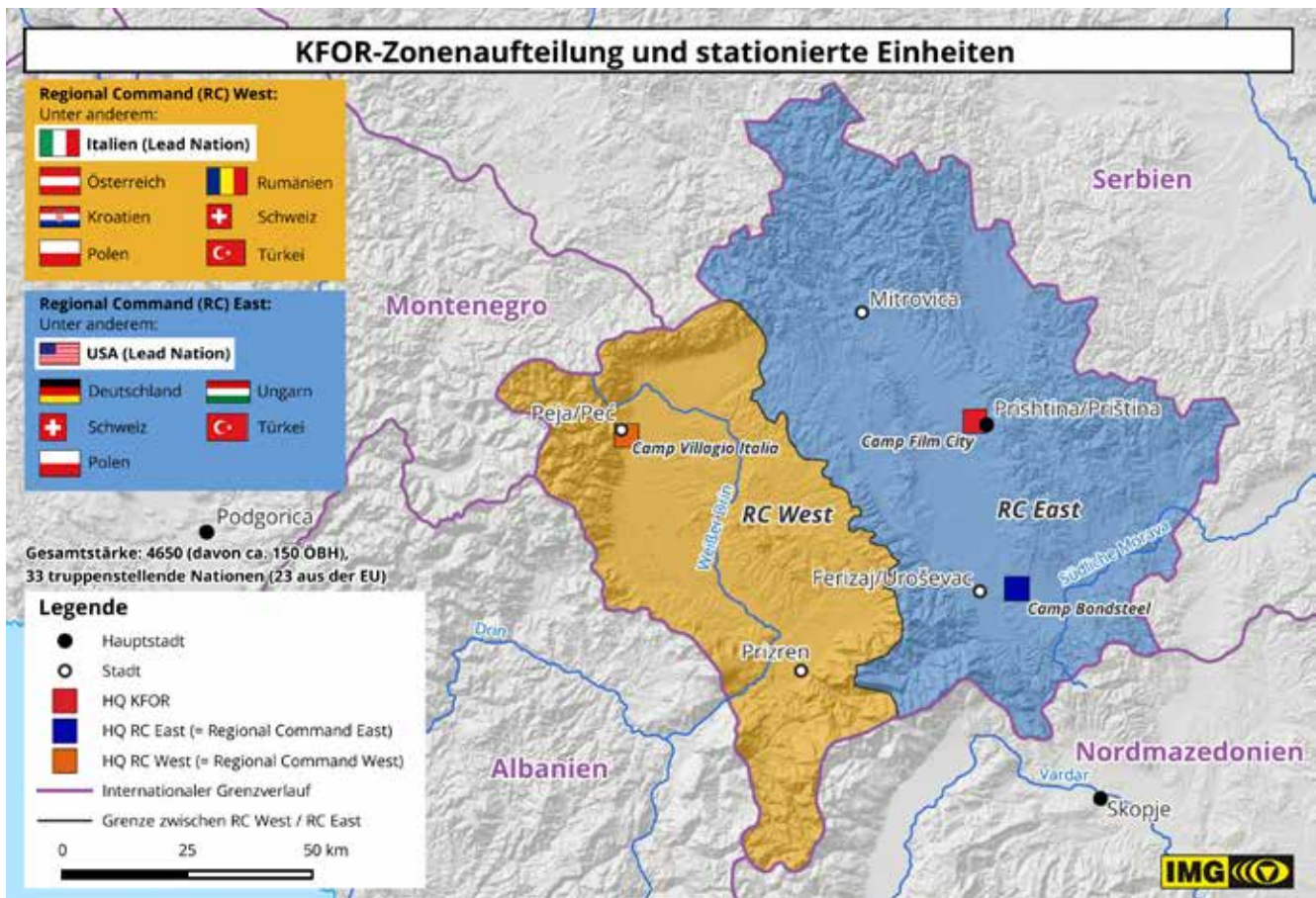
**Fortsetzung auf Seite 16 ►**

# WESTBALKAN - Länder und internationale Missionen





15





Am Westbalkan setzen vor allem Albanien und der Kosovo auf die Militärpartnerschaft mit der Türkei, wozu auch der Kauf von Bayraktar-TB2-Drohnen gehört.

### ► Fortsetzung von Seite 13

Mit Stand von Februar 2026 beteiligen sich 25 Nationen an EUFOR ALTHEA. Davon sind sechs Nicht-EU-Staaten. Die österreichische Beteiligung liegt bei ca. 100 Militärpersonen. Das Hauptquartier des „EUFOR Multinational Battalion“ (MNB) befindet sich im Camp Butmir nahe Sarajewo. Damit der Kontakt zur lokalen Bevölkerung gepflegt werden kann, sind Soldatinnen und Soldaten der EUFOR aber auch in 20 über ganz Bosnien und Herzegowina verteilten Verbindungs- und Beobachtungsteams (Liaison and Observation Teams/LOT) präsent. Das österreichische Kontingent betreibt im nordbosnischen Brčko sowie in Bratunac und Tuzla im Osten von Bosnien und Herzegowina insgesamt drei solcher LOT-Häuser.

Im strategischen Kontext unterstützt die EUFOR mit ihrer Sicherheitspräsenz de facto die Integration von Bosnien und Herzegowina in die EU. Politisch wird diese Aufgabe auf EU-Seite vom EU Special Representative in Sarajewo, dzt. der Italiener Luigi Soreca, koordiniert. Auf internationaler Ebene macht Russland seine Zustimmung zur jährlichen Verlängerung des EUFOR-Mandats im UN-Sicherheitsrat allerdings u.a. davon abhängig, dass im Resolutionstext keine Verbindung zum Ziel der EU- und NATO-Integration hergestellt wird.

### Zur Rolle der Kosovo Force und EULEX-Mission

Das militärische Pendant zur EUFOR ist im Kosovo die unter NATO-Kommando stehende Friedensstruppe Kosovo Force (KFOR). Sie verfügt ebenfalls über ein Kapitel-VII-Mandat der UNO und basiert auf der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats von Juni 1999. Mit Stand von Februar 2026 lag die Personalstärke der KFOR bei etwa 4.650 Militärpersonen. Es beteiligen sich 33 Staaten an der Friedensmission, darunter Österreich im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden mit ca. 150 Soldatinnen und Soldaten. Die im Vergleich zur EUFOR deutlich höhere Personalstärke der KFOR erklärt sich durch die insgesamt instabilere Sicherheitslage im Kosovo, insbesondere wegen oftmaliger gewaltsamer Vorfälle im Norden des Kosovo, im Grenzgebiet zu Serbien. Allerdings reagiert die multinationale Friedensstruppe bei sicherheitsrelevanten Vorfällen erst als dritte Einsatzorganisation („third responder“) nach der Kosovo-Polizei und dem Polizei-Element der EU-Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX Kosovo.

Als Hauptaufgaben hat die European Union Rule of Law Mission in Kosovo, die 2008 als größte zivile Mission der EU gestartet wurde und für die derzeit etwa 400 Mitarbeiterinnen und



Serbien führt auf dem Westbalkan bei den Investitionen in die Modernisierung seiner Armee. Im Bild eine serbische Militärübung aus dem Jahr 2013.

**Trotz seines Status als EU-Beitrittskandidat hat Serbien sowohl russische (im Bild das Boden-Luft-Raketensystem Neva-M)...**



Bild: BGStock72/Shutterstock

Mitarbeiter tätig sind, die Beratung und Beobachtung der Arbeit der kosovarischen Rechtsinstitutionen. Letztere sind – wie auch das Justizwesen in den anderen Westbalkan-Staaten – massiver politischer Einflussnahme ausgesetzt, vor allem wenn es sich um Korruptionsfälle oder Kapitalverbrechen handelt.

#### **Sonstige internationale Missionen**

Eine hauptsächlich politische Rolle übt im Rahmen der internationalen Präsenz im Kosovo die United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK) aus. Sie ist aus der ehemaligen UN-Protectoratsverwaltung (1999-2008) hervorgegangen und beschäftigt 374 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Einrichtungen in Prishtina/Priština, Mitrovica und Pëjë/Peć. Die UNMIK fungiert vor allem als Kommunikationskanal zur serbischen Regierung und unterstützt die Maßnahmen der anderen internationalen Missionen im Kosovo. Sowohl in Bosnien und Herzegowina als auch im Kosovo unterhält die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sog. „field missions“. Zu ihren Aufgabenbereichen gehören u. a. die Unterstützung demokratischer Institutionen und unabhängiger Medien, die Einhaltung von Menschenrechten, anti-diskriminierende Maßnahmen sowie die

Prävention von Extremismus und Terrorismus. Die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina hat insgesamt etwa 300 internationale und lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Vertrag, im Falle der Kosovo-Mission sind es ca. 450.

### **Im Spannungsfeld von Aufrüstung und regionaler Kooperation**

Die seit längerem angespannte geopolitische Situation führt zu einer allgemeinen Erhöhung der Verteidigungsausgaben in ganz Europa. Südosteuropa und im Konkreten der Westbalkan bilden davon keine Ausnahme. Die NATO-Mitglieder Albanien, Kroatien, Montenegro und Nordmazedonien steigerten ihre Verteidigungsausgaben vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges bis zum Jahr 2025 auf 1,5 bis ca. 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das sich als militärisch neutral bezeichnende Serbien hat mit einem BIP-Anteil von etwas mehr als 2% in der Region die höchsten Verteidigungsausgaben. Eine diesbezüglich sehr starke Dynamik weist auch der Kosovo auf, dessen Regierung die Transformation der aus einer Katastrophenschutz-Truppe hervorgegangenen Kosovo Security Force in eine Armee vorantreibt. Folglich

17

**...als auch chinesische Verteidigungssysteme (im Bild das Flugabwehrsystem FK-3) erworben.**



Bild: Dimitrije Ostojic/Shutterstock

verdoppelte sich zwischen 2022 und 2025 das Verteidigungsbudget des Kosovo und liegt ebenfalls bei knapp 2% des BIP. Moderate Zuwächse des Verteidigungsbudgets verzeichnete auch Bosnien und Herzegowina. Wegen der schwierigen innerstaatlichen politischen Entscheidungsprozesse bildet es mit einem BIP-Anteil von knapp unter 1% jedoch derzeit das regionale „Schlusslicht“. Weitere Steigerungen des Verteidigungsbudgets in den Folgejahren wurden von mehreren regionalen Regierungen angekündigt.

Die stärkste Dynamik bei der Modernisierung von Waffensystemen ist in der Region bei Kroatien, Serbien und Kosovo feststellbar. Kroatien investiert sehr stark in die Interoperabilität als NATO- und EU-Mitglied. Rüstungskäufe werden, wie z.B. beim Ankauf von 12 französischen Rafale-Kampfflugzeugen

oder deutscher Leopard-Panzer, ausschließlich mit westlichen Partnerstaaten getätigt. Anders verhält es sich bei Serbien. Analog zu seiner Außenpolitik, die offiziell gleichwertige und gute Beziehungen zu Brüssel und Washington sowie zu Beijing und Moskau anstrebt, weisen seine Rüstungsgeschäfte einen hohen Diversifizierungsgrad auf. So wurden von Belgrad neben der Bestellung von Rafale-Kampfflugzeugen aus Frankreich u.a. russische Transport- und Kampfhubschrauber, Panzer sowie russische und chinesische Flugabwehrsysteme beschafft. Regionale Medien berichten auch über den Ankauf einer Vielzahl an Drohnen, eventuell auch aus dem Iran. Die kosovarische Regierung stützt die Kosovo Security Force vor allem mit Waffen aus US-amerikanischer, türkischer und deutscher

18



Produktion aus. Dazu gehören neben modernen Kleinwaffen und Transportfahrzeugen auch Panzerabwehrwaffen, Drohnen sowie Artilleriegeschütze. Die kosovarische Regierung plant im Kosovo eine eigene Rüstungsindustrie zu etablieren, in der vor allem Munition produziert werden soll. Derzeit ist Serbien am Westbalkan das regionale Zentrum für die Produktion von Munition.

### Regionale Sicherheitswahrnehmungen

Mit ihren verstärkten Investitionen im Bereich der Landesverteidigung liegen die Westbalkan-Staaten zwar im europäischen und globalen Trend, sicherheitspolitisch problematisch sind aber politische Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang vor allem vermeintliche regionale Bedrohungen in den Mittelpunkt stellen. So hat der serbische Präsident Vučić die massive Erhöhung der eigenen Verteidigungsausgaben zuletzt gegenüber seiner Bevölkerung damit begründet, dass ein im März 2025 zwischen den NATO-Mitgliedern Albanien und Kroatien sowie dem Kosovo geschlossenes Abkommen über eine verstärkte militärische Zusammenarbeit insbesondere gegen Serbien gerichtet wäre. Vor allem die Regierungen Albanien und Kroatiens haben diese schon mehrfach vom serbischen Präsidenten wiederholte Behauptung entschieden zurückgewiesen.

Tirana und Zagreb begründen ihre Absicht verstärkt militärisch und im Bereich der Verteidigungsindustrie zusammenzuarbeiten, mit ihrer gemeinsamen NATO-Mitgliedschaft und der instabilen geopolitischen Lage. Der Kosovo gilt als NATO-Beitrittsaspirant, dessen Armeeaufbau von den USA und weiteren NATO-Mitgliedsländern substantiell unterstützt wird. Sowohl Kroatien als auch Albanien befürworten die Annäherung Kosovos an NATO-Standards und versuchen dies durch die Einbeziehung

Kosovos in das gemeinsame Militärabkommen zu unterstützen. Auch Serbien, das derzeit keinen NATO-Beitritt anstrebt und enge Beziehungen zu Moskau und speziell zu Beijing pflegt, beteiligt sich im Rahmen der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ sehr aktiv an Kooperationsprogrammen des westlichen Militärbündnisses. Sein Nachbar Bosnien und Herzegowina gilt zwar seit 2010 offiziell als NATO-Beitrittskandidat, aktuell gibt es aber keine Zustimmung der politischen Repräsentanten der serbischen Volksgruppe zu einem NATO-Beitritt.

### Regionale Kooperationsinitiativen

Ungeachtet weiterbestehender politischer Spannungen in Südosteuropa und teilweise negativer Sicherheitsperzeptionen existieren regionale Plattformen, welche die sicherheitspolitische Kooperation verbessern sollen. Dazu gehört insbesondere das seit 2008 bestehende „Regional Cooperation Council“ (RCC) mit Sitz in Sarajewo. Im Rahmen des „South-East European Cooperation Process“ (SEECP) stellt das RCC verschiedene Dialogformate für Regierungsrepräsentanten zur Verfügung, in denen neben regionalen Sicherheitsthemen auch globale Bedrohungen wie die organisierte Kriminalität, illegale Migration und Desinformation behandelt werden. Die praktische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen zw. südosteuropäischen Staaten fördert und koordiniert das „RACVIAC – Centre for Security Cooperation“, dessen Sitz sich in der Nähe der kroatischen Hauptstadt Zagreb befindet. Zu den wichtigsten Aufgaben gehören die regionale Rüstungskontrolle und Verifikation, Reformen im Sicherheitssektor, Bekämpfung transnationaler Bedrohungen wie Terrorismus und Cyberkriminalität sowie vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Sicherheitsakteuren aus der Region. ■

**Das „Regional Cooperation Council“ mit Sitz in Sarajewo koordiniert seit 2008 regionale Kooperationsinitiativen auf dem Westbalkan.**



Bild: Jasmin Sakovic/Regional Cooperation Council (RCC)



Bild: Adiss Alic/Shutterstock

Der Wunsch, Teil der „europäischen Familie“ zu werden, ist auch in Bosnien und Herzegowina stark verbreitet. Im Bild, die Feier zum „Europatag“ im nordbosnischen Brčko.

# EU-Integration und internationale Einflussnahme

20

Für Frieden und Demokratie am Westbalkan ist die erfolgreiche EU-Integration zentral, doch konkurrierende Mächte teilen diese Ziele nicht vollständig.

## Der bisherige Integrationsprozess

**D**ie Konsolidierung des Friedens auf dem Westbalkan und die Unterstützung demokratischer Kräfte nach dem Ende der jugoslawischen Zerfallskriege galt für längere Zeit als das zentrale außenpolitische Projekt der EU. Ein Großteil der EU-Instrumente, die im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union (GSVP) seit den späten 1990er Jahren entwickelt wurden, wie z.B. zivile und militärische

Friedensmissionen, hatten ihre erste Bewährungsprobe auf dem Westbalkan. Seit dem EU-Gipfel von Thessaloniki (Juni 2003) besitzen die Staaten des Westbalkans grundsätzlich eine Beitrittsperspektive, die mit der Erfüllung demokratiepolitischer, rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Kriterien sowie mit der Unterstützung regionaler Friedensprozesse verknüpft wurde. Mittlerweile haben mit Ausnahme des Kosovo alle Westbalkan-Staaten den Status eines EU-Beitrittskandidaten erlangt (Albanien: 2014, Bosnien und Herzegowina: 2022, Montenegro: 2010, Nordmazedonien: 2005, Serbien: 2012) und befinden sich

in unterschiedlichen Phasen des Verhandlungsprozesses. Am weitesten sind die EU-Beitrittsverhandlungen mit Montenegro fortgeschritten. Dem Adria-Staat und seinem Nachbarn Albanien werden von der EU-Kommission realistische Chancen eingeräumt, den Beitrittsprozess bis 2030 positiv abschließen zu können.

Weniger optimistisch werden derzeit die Chancen der anderen Westbalkan-Staaten eingeschätzt. Bosnien und Herzegowina hat wegen der dargestellten innerstaatlichen Konflikte die Verhandlungen bisher noch gar nicht richtig begonnen. Nordmazedonien wird durch Bulgarien politisch blockiert, das an seinen Nachbarn Forderungen stellt, die sich vor allem auf historische, sprachliche und minderheitenrechtliche Fragen beziehen. Serbien hat seit 2021 keine neuen Verhandlungskapitel mit der EU mehr eröffnet. Ausschlaggebend dafür sind Rückschritte im Bereich von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die ausbleibenden Fortschritte im politischen „Dialog“ mit der kosovarischen Regierung sowie die Weigerung Belgrads, sich den EU-Sanktionen gegen Russland anzuschließen.

Aus der Gruppe der südosteuropäischen Länder war Kroatien 2013 das vorläufig letzte Land, das in die EU als Mitglied aufgenommen wurde. Die lange Zeit vorhandene Erweiterungsmüdigkeit auf Seiten der EU – vor allem wegen EU-interner Krisen (Brexit etc.) – führte bei liberal-demokratischen Akteuren auf dem Westbalkan teilweise zu einem Vertrauensverlust gegenüber dem Erweiterungsprozess. Aktuelle repräsentative Meinungsumfragen zeigen dennoch sehr hohe Zustimmungsraten zum EU-Beitritt (Albanien, Kosovo und Montenegro mehr als 80 Prozent und Nordmazedonien mehr als 70 Prozent Zustimmung). Nur in Serbien

liegt die Zustimmung zum EU-Beitritt mittlerweile bei unter 40 Prozent. Eine nun schon mehr als ein Jahrzehnt andauernde antiwestliche Propaganda der vom Präsidenten gesteuerten Staatsmedien sowie die außenpolitische Schaukelpolitik Serbiens in der Ära Vučić dürften – neben politischen Versäumnissen auf EU-Seite – für die stark verbreitete EU-Skepsis verantwortlich sein.

## Keine politische Alternative zum EU-Beitritt

Trotz aller Versäumnisse und Unzulänglichkeiten, die mit dem EU-Integrationsprozess der letzten beiden Jahrzehnte in Verbindung gebracht werden, scheint es im Kontext der Konsolidierung des Friedens am Westbalkan aber auch der Interessenslage der EU selbst keine sinnvolle Alternative zum erfolgreichen Abschluss des Erweiterungsprozesses zu geben.

Für die Bevölkerungen der Westbalkan-Staaten ist die EU-Integration vor allem aus folgenden Gründen weiterhin erstrebenswert:

- ✔ Erhöhung der Chancen für eine regionale Aussöhnung, die Lösung noch bestehender Konflikte und die Verbesserung der regionalen Sicherheit
- ✔ Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- ✔ Wirtschaftliche Vorteile und Wohlstandsvergrößerung
- ✔ Modernisierung der Verwaltung

21



Bild: Europäische Union

**Die Adria-Republik Montenegro (in der Mitte ihr Präsident Jakov Milatović) ist im innerregionalen Vergleich am weitesten in den EU-Beitrittsverhandlungen vorangeschritten.**



Bild: Giovanni Vale/Shutterstock

**Eine von der EU finanzierte Brücke im Kosovo, in der ethnisch geteilten Stadt Mitrovica.**

Aus Sicht der EU sprechen vor allem folgende Gründe für die Erweiterung:

- ✔ Konsolidierung des Friedens in Südosteuropa
- ✔ Bewahrung der strategischen Glaubwürdigkeit der EU durch die Umsetzung des vor über 20 Jahren formulierten Integrationszieles
- ✔ Wirtschaftliche Vorteile durch die Integration des Westbalkans in den EU-Binnenmarkt
- ✔ Politische Eindämmung dritter Akteure, insbesondere von Russland und China in der geopolitischen Einfluss-Sphäre der EU

22

## **Instrumente der EU-Integrationspolitik**

Das zentrale Instrument der EU für die Unterstützung der wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Reformen

der Kandidatenländer sowie zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur ist das „Instrument for Pre-Accession III“ (IPA III). Für den Zeitraum 2021–2027 sieht IPA III ein Gesamtbudget von 9 Mrd. € für die Kandidatenländer des Westbalkans vor. Im Jahr 2023 hat die EU-Kommission zusätzlich zu IPA III einen Wachstumsplan für den Westbalkan (Growth Plan for the Western Balkans) ins Leben gerufen. Dieses Instrument soll dazu beitragen, die wirtschaftliche Annäherung der Staaten der Region durch die Schaffung eines gemeinsamen regionalen Marktes zu beschleunigen und sie schrittweise in den EU-Binnenmarkt zu integrieren. Damit diese Ziele umgesetzt werden können, stellt die EU den Westbalkan-Staaten für den Zeitraum 2024–2027 zusätzlich 6 Mrd. € zur Verfügung. Diese Finanzmittel aus dem EU-Budget setzen sich aus 2 Mrd. € an nicht rückzahlbaren Zuschüssen und 4 Mrd. € an günstigen Darlehen zusammen und sind an die Vorlegung einer Reformagenda durch die Beitrittskandidaten geknüpft. Die Reformagenda muss vor allem konkrete Pläne in Bezug auf die Förderung erneuerbarer Energie, die digitale Modernisierung und die Gewährleistung der wirtschaftlichen Resilienz enthalten.

Eine Reihe regionaler Plattformen und Abkommen sowie von EU-Staaten initiiertes diplomatischer Prozesse unterstützen zusätzlich den Integrationsprozess der Westbalkan-Staaten. Dazu zählen u. a. das „Central European Free Trade Agreement“ (CEFTA) und der von Deutschland 2014 initiierte „Berlin-Prozess“. Das 1992 gegründete Freihandelsabkommen CEFTA war ursprünglich



Bild: PX Media/Shutterstock

**Die EU wie die USA möchten wegen der angespannten geopolitischen Lage auch am Westbalkan die Energieabhängigkeit von Russland verringern. In Serbien besitzen russische Staatsunternehmen nach wie vor Mehrheitsanteile am Mineralölkonzern NIS.**



**Der frühere Präsident der bosnisch-herzegowinischen Entität Republika Srpska, Milorad Dodik, gehörte zu den engsten Verbündeten des russischen Präsidenten Wladimir Putin (im Bild bei einem Besuch Dodiks im Kreml im September 2016).**

ein Instrument zum Abbau von Handelshemmnissen zwischen zentraleuropäischen Ländern. Nach deren EU-Beitritt wurde es den Bedürfnissen der Westbalkan-Staaten und der Republik Moldau angepasst. Als diplomatische Plattform versucht der Berlin-Prozess insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Verkehr, erneuerbare Energie, digitale Vernetzung, Jugend und Zivilgesellschaft sowie Bildung und Forschung regionale Projekte zu initiieren, zu planen und zu koordinieren.

von der EU und NATO zu erzeugen und die völkerrechtswidrige Militärintervention Russlands in der Ukraine zu legitimieren. In Bezug auf regionale Friedensprozesse gibt es mit Ausnahme der russischen Zustimmung zur jährlichen Verlängerung des Mandats von EUFOR ALTHEA von Moskau keine politische Unterstützung für die EU-Politik am Westbalkan. Nationalistische Spannungen, wie z.B. im Falle der separatistischen Bestrebungen der Republika Srpska, werden im Gegenteil von Russland sogar noch befeuert.

## „Spielfeld“ für die geopolitische Konkurrenz

Obwohl der Westbalkan vollständig von EU- und NATO-Staaten umgeben ist, steht die EU im Kontext ihrer regionalen Unterstützungsmaßnahmen in immer stärkerer Konkurrenz zu anderen internationalen Mächten.

### Russland

Besonders problematisch sind aus Brüsseler Sicht von Moskau gesteuerte anti-westliche Desinformationskampagnen. Dazu werden insbesondere nationalistische Netzwerke im politischen und Medienbereich in der Republika Srpska, Serbien und Montenegro benutzt. Die damit von Moskau verfolgte politische Absicht ist eindeutig, in der dortigen öffentlichen Meinung ein negatives Bild

**Auf dem Westbalkan durchgeführte chinesische Infrastrukturprojekte sind auch wegen daraus entstehender Abhängigkeiten von chinesischen Krediten oft umstritten. Ein solches Projekt ist der Bau der Bar-Boljare-Autobahn in Montenegro.**



Bild: BestPhotoPlus/Shutterstock

### Die USA

Ungeachtet der Friktionen im transatlantischen Verhältnis seit Beginn der zweiten Amtsperiode von US-Präsident Donald Trump scheint am Westbalkan die Zielübereinstimmung zwischen EU und USA derzeit noch weitgehend intakt zu sein. So stehen die USA auch weiterhin zu den Prinzipien des Dayton-Friedensvertrags für Bosnien und Herzegowina und unterstützen zumindest deklarativ den politischen „Dialog“ zwischen der

**Schild eines großen  
Industriegeländes einer  
Bergbaufabrik in Serbien.  
Umstrittene chinesische  
Investitionen in  
Europa verursachen  
ökologische Probleme und  
Umweltkatastrophen.**



Bild: Stefan Milivojevic/Shutterstock

kosovarischen und serbischen Regierung. Im Gegensatz zum demonstrativ guten Verhältnis zwischen Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verfolgen die USA auf dem Westbalkan insbesondere das Ziel, den russischen Einfluss auf die regionale Energieversorgung zu reduzieren. Speziell in Serbien dominierte Russland über sein Staatsunternehmen Gazprom Neft und eine Tochtergesellschaft fast zwei Jahrzehnte den Energiesektor. Diese russischen Unternehmen hielten seit 2008 die Mehrheitsanteile am serbischen Mineralölkonzern NIS (Naftna industrija Srbije). Auf US-amerikanischen Druck hin, sollen die russischen Anteile daran an den ungarischen MOL-Konzern oder an andere Anbieter verkauft werden.

### China

24

Die Volksrepublik China ist am Westbalkan mit massiven Investitionen in Infrastrukturprojekten (Autobahnen, Brücken, Schienenausbau etc.) und im Energiebereich präsent. Diese Investitionen sollen letztlich den eigenen wirtschaftlichen Zielen Chinas im Rahmen der „Belt and Road Initiative“, der sog. „Neuen Seidenstraße“ dienen. Der Großteil der Investitionen (hier ist wiederum Serbien in der Region Ziel-1-Land) werden über Milliarden-Kredite chinesischer Banken für die Westbalkan-Regierungen abgewickelt. Die EU befürchtet eine Schuldenabhängigkeit einzelner

**Chinesische Arbeiter verlassen die  
Reifenproduktionsstätte Linglong im serbischen Zrenjanin.**



Bild: Stefan Milivojevic/Shutterstock

Westbalkan-Staaten von China, zusätzliche massive Korruption wegen mangelnder Transparenz und Nicht-Einhaltung von EU-Standards bei Projekten sowie – insbesondere im Falle Serbiens – eine außen- und sicherheitspolitische Abhängigkeit von Beijing. Gesamtregional betrachtet bleibt die EU mit einem Anteil von ca. 70% auch weiterhin der wichtigste Handelspartner und mit einem Anteil von 50–60% der wichtigste Partner des Westbalkans bei Direktinvestitionen. In Serbien ist China aber mittlerweile zum größten Einzelinvestor geworden. Im Vergleich zu 2013 hat sich der chinesische Anteil an den jährlichen Zuflüssen ausländischer Direktinvestitionen in Serbien mehr als verzehnfacht und liegt mittlerweile jährlich bei über 30%. Gemäß den Berechnungen des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche liegt der chinesische Anteil an den ausländischen Gesamtinvestitionen in Serbien mittlerweile bei über 10%. Außerhalb Serbiens ist China ökonomisch vor allem in der bosnisch-herzegowinischen Entität Republika Srpska und bei Straßenbauprojekten in Montenegro aktiv. In den übrigen Westbalkan-Gebieten engagiert sich China wirtschaftlich in deutlich geringerem Ausmaß.

### Die Türkei

Aus Brüsseler Perspektive stellt sich die Rolle der Türkei am Westbalkan ambivalent dar. Politische Anerkennung finden die konstruktive diplomatische Rolle Ankaras – vor allem bezüglich einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Belgrad und Sarajewo – sowie die zahlenmäßig substantielle türkische Beteiligung an den Friedensmissionen EUFOR ALTHEA und KFOR. Der verstärkte kulturell-religiöse und politische Einfluss der Türkei unter seinem islamisch-konservativen Langzeitpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, dem von Oppositionellen ein autokratischer und autoritärer Regierungsstil vorgeworfen wird, trifft in EU-Kreisen im Vergleich dazu auf deutlich mehr Skepsis. Dieser sog. „neo-osmanische“ Einfluss ist am Westbalkan insbesondere in Albanien, im Kosovo und in Teilen von Bosnien und Herzegowina mit mehrheitlich muslimisch-bosniakischer Bevölkerung stärker wahrnehmbar als in den übrigen Westbalkan-Gebieten. Mit umfangreichen Investitionen, insbesondere im Finanzsektor, dem Energie- und Telekommunikationsbereich und bei Infrastruktur- und Bauvorhaben, ist die Türkei wirtschaftspolitisch in der gesamten Region vertreten. ■

# Österreichische Interessenslage

Österreichs Westbalkanpolitik wird durch geografische Nähe, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen sowie historisch-kulturelle und demografische Faktoren geprägt.

**Flaggenparade beim österreichischen Kontingent der Kosovo Force (KFOR). Das Österreichische Bundesheer beteiligt sich seit Ende des Krieges im Kosovo sowie in Bosnien und Herzegowina substantiell an der Friedenssicherung in diesen beiden Ländern.**

**Z**wischen der österreichischen Staatsgrenze entlang der südlichen Bundesländer und der kroatisch-bosnischen Staatsgrenze liegen weniger als 250 km Luftlinie. Diese geringe geografische Distanz und umfangreiche

Direktinvestitionen in der Höhe von mehreren Milliarden Euro, die von österreichischen Unternehmen seit Ende der jugoslawischen Zerfallskriege getätigt wurden, erklären das große sicherheitspolitische Interesse Österreichs an einer friedvollen Entwicklung in der Nachbarregion.

25





Bild: Larisa Stefanjuk/Shutterstock

In den vergangenen Jahrzehnten sind hunderttausende Menschen aus der Balkanregion nach Österreich eingewandert (im Bild der ethnisch sehr vielfältige Brunnenmarkt in Wien).

26

Nach Darstellung der österreichischen Wirtschaftskammer gehört Österreich seit den späten 1990er Jahren zu den führenden Investoren in der Region. Das Spektrum reicht von Finanzdienstleistungen und Telekommunikation über Industrieproduktion bis hin zu nachhaltiger Energieerzeugung. Im Rahmen der Projekte des Wachstumsplans der EU für den Westbalkan ergeben sich auch für österreichische Unternehmen neue Chancen für zukünftige Investitionen, insbesondere im Bereich der Digitalisierung. Österreich beteiligt sich vor diesem Hintergrund kontinuierlich an den friedensunterstützenden Maßnahmen der westlichen Staatengemeinschaft in Bosnien und Herzegowina sowie im Kosovo als Truppensteller für EUFOR ALTHEA und KFOR. Politisch unterstützt Österreich massiv eine schnellere Integration aller Westbalkanstaaten in die EU.

Der Westbalkan gehört allgemein zu den europäischen Regionen, mit denen Österreich ein besonderes historisches und kulturelles Verhältnis verbindet, gehörten doch Teile dieser Region bis 1918 zur ehemaligen Donaumonarchie. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gab es phasenweise massive Migrationsbewegungen aus der Balkanregion, die dazu geführt haben, dass aktuell mehr als eine halbe Million Menschen in Österreich leben, die selbst oder deren Vorfahren aus dem Bereich des früheren Jugoslawien oder aus Albanien stammen. Aus dieser demografischen Entwicklung resultieren viele wirtschaftliche und kulturelle Chancen. Andererseits besteht wegen der intensiven gesellschaftlichen Wechselbeziehungen zwischen Österreich und dem Westbalkan im Vergleich zu anderen EU-Staaten aber auch ein höheres Risiko für Österreich von extremistischen Entwicklungen im politischen oder

religiösen Bereich betroffen zu sein. Sie liegen im noch nicht vollständig konsolidierten Frieden in dieser Region begründet.

## Fazit und Ausblick

Aus der zeitlichen Perspektive von Frühjahr 2026 hat die Westbalkan-Region noch einige große Hürden zu einem vollständig konsolidierten Frieden zu überwinden. Sicherheitspolitisch mit dem größten Risiko behaftet bleiben die konflikträchtigen Beziehungen zwischen Belgrad und Prishtina/Priština. Die Stagnation des „Dialogs“ über die Normalisierung ihrer Beziehungen unter EU-Vermittlung hält vor allem den mehrheitlich von Serben bewohnten Norden des Kosovo in einer prekären sicherheitspolitischen Lage.

Ob es dem multiethnischen und multi-religiösen Staat Bosnien und Herzegowina



Bild: Prostock-studio/Shutterstock

**Das Erasmus-Programm der Europäischen Union ermöglicht auch Studierenden aus den Westbalkan-Staaten interessante Studiererfahrungen im Ausland.**

27

- nach fast zwei Jahrzehnten der politischen Obstruktion - gelingen wird, seine teilweise bestehende Dysfunktionalität zu überwinden, hängt vor allem auch vom Ausgang der kommenden gesamtstaatlichen Wahlen im Oktober 2026 ab. Insbesondere im Staatsteil Republika Srpska müssten konstruktivere politische Akteure als Voraussetzung für einen wirklichen politischen Neubeginn die bisherige separatistische und durch starke klientelistische Abhängigkeiten charakterisierte Politik des „Systems Dodik“ glaubwürdig beenden. Angesichts dieser weiterhin bestehenden sicherheitspolitischen Fragilität in Bosnien und Herzegowina sowie im Verhältnis zwischen Belgrad und Prishtina/Priština stellt die fortgesetzte Präsenz der Friedenstruppen EUFOR und KFOR, unter österreichischer Beteiligung, ein wichtiges Element der Stabilität am Westbalkan dar.

Die Lösung der angesprochenen Konfliktfragen ist wiederum eine Voraussetzung dafür, dass mit dem Westbalkan verbundene Chancen, auch im Interesse der EU, optimal genutzt werden können. In dieser Situation des geopolitischen Paradigmenwechsels gibt es für die EU friedenspolitisch keine sinnvolle Alternative zu einem erfolgreichen Abschluss der EU-Erweiterung nach Südosten. Volle EU-Mitgliedschaften von Westbalkan-Kandidatenländern müssen aber an die Respektierung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten gebunden sein. Abstriche davon im Sinne von zu großer Toleranz gegenüber „stabilokratischen“ Praktiken von Westbalkan-Politikern sollten von Brüssel auch aus geopolitischem Pragmatismus und der „Furcht“ vor den internationalen Konkurrenten am Westbalkan nicht gemacht werden. Ansonsten würden

autoritäre Strukturen in der Region weiter erstarben.

Gelingt aber ein positives Finish für den Westbalkan im EU-Integrationsprozess, könnte sich das einstige Konfliktgebiet - z.B. durch Projekte zur Förderung des ökonomischen Wachstums und die Teilnahme am EU-Binnenmarkt - langfristig sogar zu einer chancenreichen Region in Europa entwickeln, die den derzeit sehr negativen demografischen Trend beenden kann. Letztlich war die gemeinsame Präsenz der südslawischen Völker und der Albaner in diesem Teil Südosteuropas über viele Jahrhunderte nicht nur durch Konflikte, sondern auch durch viele Phasen einer guten multiethnischen und multireligiösen Koexistenz gekennzeichnet. Im Rahmen des europäischen Einigungsprojekts gilt es an diese positiven Perioden wieder anzuknüpfen. ■

# INHALT

Mehr als 25 Jahre sind seit der letzten bewaffneten Auseinandersetzung im südslawisch-albanischen Raum vergangen, der heute von der EU im politischen Kontext als „Westbalkan“ bezeichnet wird. Die damit gemeinten Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien ringen mit EU-Unterstützung auch Dekaden nach Kriegsende um eine konsolidierte Friedensordnung und die Festigung der Demokratie.

Dabei wiegt die Last des Nachkriegserbes noch immer sehr schwer: ungelöste innerstaatliche wie zwischenstaatliche Konflikte sowie die immer instabilere Weltlage erschweren die Verwirklichung eines „positiven Friedens“ am Westbalkan. Die EU, deren Integrationspolitik von zentraler Bedeutung für die Transformation des Westbalkans von einer Krisenregion zu einer Region des Aufbruchs und der Chancen ist, steht auch in diesem Teil Europas im verstärkten Wettbewerb mit konkurrierenden internationalen Akteuren.

Diese Publikation informiert über noch bestehende Konflikte und Friedensmissionen auf dem Westbalkan in einer Phase des internationalen Umbruchs. Sie thematisiert des Weiteren die regionale Rolle der EU – einschließlich der Interessenslage Österreichs – sowie anderer internationaler Akteure im Prozess der Friedenskonsolidierung.

# AUTOR



Bild: LVAk/Ref Medien

## Hofrat Dr. Predrag Jureković

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Referats „Konfliktanalyse“ im Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie.

Er ist zudem österreichischer Co-Chair in der Studiengruppe Regional Stability in South East Europe des Partnership for Peace Consortium.

Jureković hat zahlreiche Publikationen zu den Konflikten, dem internationalen Konfliktmanagement und Stabilisierungsprozess in Südosteuropa veröffentlicht.

Alle Publikationen des IFK/LVAk, die bis dato erschienen sind, finden Sie zum Gratis-Download hier:



### Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:  
Bundesministerium für Landesverteidigung, Roßauer Lände 1, 1090 Wien  
Hersteller und Druck: Heeresdruckzentrum, 1030 Wien  
Redaktion: Landesverteidigungsakademie, Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
vertreten durch: Kommandant GenMjr Mag. Friedrich Schrötter  
Titelbild: Andrija Ilic/ZUMA Press Wire/Shutterstock  
Erscheinungsjahr: 2026

NR. 06/2026

## KONTEXT

ZEITSCHRIFT DES IFK/LVAK